

Stellungnahme **Stellungnahme** Stellungnahme



Mit Befremden nehmen wir die jüngsten Äußerungen der **FDP-Landtagsabgeordneten** Franziska Müller-Rech zur Kenntnis, in denen der **Islamische Religionsunterricht (IRU)** in Nordrhein-Westfalen ohne Grund pauschal **delegitimiert** und muslimische Lehrkräfte **diskreditiert** werden.

”

Der Verband Muslimischer Lehrkräfte kritisiert die schulpolitische Sprecherin der **FDP-Landtagsfraktion**, Franziska Müller-Rech. Einerseits zeigt die FDP aktuell **keine Gesprächsbereitschaft** sich mit dem größten muslimischen Lehrerverband in Deutschland über den Islamischen Religionsunterricht (IRU) in Nordrhein-Westfalen auszutauschen, während die Partei gleichzeitig versucht mit offenen **Vorurteilen** und Ressentiments a la AfD das Erfolgsmodell **IRU** zu **beenden**.

Die FDP hatte früher bereits Zehntausende muslimischen Frauen mit Kopftuch jahrelang mit dem grundgesetzwidrigen Kopftuchverbot (2006–2015) vom Lehrberuf ausgeschlossen und faktisch diskriminiert, jetzt will sie offenbar auch den rund **500.000 muslimischen Schulkindern** in NRW das grundgesetzliche verbrieftete Recht auf religiöse Erziehung nehmen und treibt damit einen tiefen Keil in unsere Gesellschaft der Vielfalt. **Populistische Rhetorik** für Stimmenfang am rechten Rand darf aber kein bildungspolitisches Mittel auf Kosten der **multireligiösen Realität** an unseren Schulen und zulasten engagierter muslimischer Lehrkräfte sein.

Der VML appelliert aus diesem Grund an die FDP und alle demokratischen Kräfte: Es braucht **mehr Sachlichkeit statt Stimmungsmache.**

VML-Vorsitzende Birgül Karaarslan:
"Wir rufen alle verantwortungsvollen politischen Kräfte dazu auf, die **Debatte** über den islamischen Religionsunterricht sachlich, **konstruktiv und zukunftsorientiert** zu gestalten. Wer wirklich etwas verbessern will, muss differenzieren, fördern und gestalten – nicht spalten."

Unter diesen Vorzeichen hat der VML bereits eine Reihe von äußerst konstruktiven Gesprächen mit Schulausschuss-Mitgliedern aus anderen Parteien geführt und ist weiterhin mit diesen im Austausch. Auch der FDP stehe der VML für ein Kennenlernen und ein offenes Gespräch auf Augenhöhe weiter zur Verfügung.

Gleichzeitig weist der VML darauf hin: Der **Islamische Religionsunterricht** ist ein Grundrecht, kein Sonderfall. Der IRU ist ein verfassungsrechtlich abgesichertes Angebot, das Kindern und Jugendlichen eine **reflektierte religiöse Bildung** ermöglicht. Dabei handelt es sich nicht um ein Sonderrecht, sondern um ein verbrieftes **Grundrecht**: Kinder muslimischen Glaubens haben – wie **Kinder aller Religionszugehörigkeiten** – ein Anrecht auf staatlich verantworteten Religionsunterricht.

Die **Unterstellung** verbreiteter extremistischer Tendenzen unter angehenden Lehrkräften ist ein schwerwiegender Vorwurf, der empirisch nicht belegt ist und tiefgreifendes Misstrauen schürt. Werden solche Aussagen gezielt gegen muslimische Lehrkräfte gerichtet, offenbaren sie **rassistische Denkmuster**, die Menschen aufgrund ihrer religiösen oder kulturellen Zugehörigkeit unter Generalverdacht stellen.

Muslimische Lehrkräfte sind Teil einer demokratischen Schullandschaft. Sie leisten täglich professionelle Arbeit und stehen für demokratische Werte ein. Wer ihnen öffentlich misstraut, beschädigt nicht nur den islamischen Religionsunterricht, sondern auch das Vertrauen in eine **vielfältige und diskriminierungsfreie Schullandschaft**.